

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 5-spaltige Zeile 1,50 Mk. bei Auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. bei Auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2446. — Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3266.

Nr. 38

Dienstag, den 15. Februar 1921

12. Jahrgang

Die „Entwaffnung“ der Andern.

Die Kosten der polnischen Militärmacht.

Berlin, 15. Febr. Der Warschauer Korrespondent der „Polschen Zeitung“ schreibt über den chaotischen Zustand der polnischen Staatswirtschaft u. a.: Der polnische Staatsvoranschlag weist einen Fehlbetrag von 80 Millionen Mark auf. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Status der staatlichen Darlehensstoffe beträgt der Papiergeldumlauf 50 Milliarden Mark. Weiter bedeute eine schwere Schuld Polens das von Frankreich und anderen befreundeten Ländern seit Jahr und Tag gelieferte Kriegsmaterial, deren Höhe sich nicht annähernd feststellen läßt. Am meisten zehrt das polnische Heerwesen an Polens Staats- und Volkskörper. Es beansprucht 60 Prozent der gesamten polnischen Staatsausgaben. Laut Voranschlag für 1921 besitzt das relativ kleine Polen die größte Armee in ganz Europa, für deren Unterhalt kein einziger Pfennig aus den Staatseinnahmen verwendet werden kann, da die Militärausgaben 80 Milliarden Polennark betragen, also ebenso hoch sind, wie das Defizit des Staatshaushalts. (Aus dieser Aufstellung geht mit voller Deutlichkeit die ganze volkswirtschaftliche Schädlichkeit aller militärischen Rüstungen hervor. D. Red.)

Ergänzung des deutsch-polnischen Amnestievertrages.

Berlin, 14. Febr. Gestern ist im Auswärtigen Amt ein Ergänzungsvertrag zum deutsch-polnischen Vertrage vom 1. Oktober 1919 über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit (deutsch-polnischer Amnestievertrag) von den hierzu bevollmächtigten deutschen und polnischen Unterhändlern unterzeichnet worden. Der Vertrag bedarf noch der Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körperschaften.

Das Programm unsrer französischen Genossen.

Paris, 14. Febr. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, Richard Renaudel-Vonguet hat eine Tagesordnung angenommen, in der Albert Thomas aufgefordert wird, zwischen seiner Stellung als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes und seinem Deputierten-Mandat zu wählen. Der Nationalrat hat ferner auf Antrag von Grumbach-Tolmar eine Resolution angenommen in der die Reparationspflicht Deutschlands anerkannt wird. (Diese Verpflichtung an sich wird auch von Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages keineswegs bestritten. Es wäre aber interessant zu erfahren, wie sich unsere französischen Genossen zu den überspannten Pariser Forderungen stellen. D. Red.) Der Nationalrat sprach sich außerdem für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland aus und nahm sodann den Wortlaut einer Kundgebung an die arbeitende Bevölkerung an, in dem die Gründe der Partei und die Ursachen der Trennung auf dem Kongreß in Tours auseinandergesetzt werden. Schließlich wurden für den Internationalen Kongreß in Wien die Delegierten bestimmt; unter ihnen befinden sich Vonguet und Renaudel. Im ganzen wird die Partei durch fünf Mitglieder vertreten. (Besonders hat Renaudel auch im vorigen Sommer am Genfer Kongreß der Zweiten Internationale teilgenommen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn er sich in Wien für die Einigung der sozialistischen Internationale einsetzen würde, denn ohne Einigkeit bliebe die ganze internationale sozialistische Bewegung nur ein Phantom. D. Red.)

Das italienische Betriebsräteystem.

Rom, 12. Febr. Ministerpräsident Giolitti hat dem Vertreter der „Chicago Daily News“ eine Unterredung über die Betriebsräte und über die Entwaffnung gewährt. Wie bekannt, liegt jetzt dem italienischen Parlament ein Gesetzesentwurf betr. Einführung der Betriebsräte und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben vor. Giolitti sagte: Dieses Gesetz wird den Arbeitern gestatten, den Preis der Rohstoffe, die Erzeugungskosten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Namen der Teilhaber und den Betrag ihrer Gewinne, sowie die Erzeugungsmethoden mit Ausnahme der Fabrikationsgeheimnisse kennenzulernen. Durch dieses Gesetz wird Italien in bezug auf soziale Gesetzgebung allen anderen Mächten vorangehen und einen durchaus neuen politischen Versuch machen. Die fortschreitende industrielle Ausbildung der Arbeiter wird auch den Tag beschleunigen, an dem die Arbeiter imstande sein werden, ihre Industrien direkt zu betreiben. Dieser Fortschritt wird aber selbstverständlich sehr

langsam sein. Durch die Arbeiterkontrolle werden die Industrien genötigt werden, mehr auf die Produktion als auf die Spekulation abzugeben, was die Erzeugung selbst direkt befördern wird.

Auf die Frage, ob er einen staatlichen Schutz der Schwerindustrie für gut halte, antwortete Giolitti: Ich sehe keinen Grund, um diesen Schutz zu gewähren; allerdings, wenn einige Industrien für die Landesverteidigung unentbehrlich sind, so ist es besser, daß sie unter staatlicher Kontrolle stehen. Italien hat aber keinen Grund, einen neuen Krieg zu fürchten. Es hat seine natürlichen Grenzen erreicht und will nur leben und leben lassen. Auf die weitere Frage, ob er einer allgemeinen Entwaffnung günstig gegenüberstehe, antwortete Giolitti, Italien werde nie einen solchen Plan bekämpfen, unter der Bedingung allerdings, daß die Entwaffnung wirklich eine allgemeine sei, und daß die innere Ordnung im Lande gesichert werden könne.

Amerikanisch-japanischer Rüstungswettkampf.

London, 14. Febr. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, die Debatte im Kongreß bestätige die Absicht Amerikas, seinen Flottenetat nicht abzuändern. Im Senat wurde auf die Behauptungen hingewiesen, wonach die Erklärungen britischer Marinefachverständiger, die den Wert von Großkampfschiffen herabsetzen, Propaganda der britischen Regierung seien, um auf das amerikanische Schiffbauprogramm einzuwirken. Amerika baut zwei Luftkreuzer mit einem Flugbereich von 2100 Meilen.

London, 14. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus Washington, die Ablehnung des Rüstungseinschränkungsantrages im japanischen Repräsentantenhaus habe anscheinend in Washington großen Eindruck gemacht. Man sehe diesen Beschluß als die Antwort Tokio an auf den amerikanischen Senatsausschuß für Marinefragen gefaßten Beschluß, eine Flotte zu bauen, „die der jeder anderen Macht gleich ist“. Japan müsse bauen, weil Amerika baue, und Amerika müsse bauen, weil es eine jeder anderen Macht gleichkommende Flotte haben müsse.

Das Schicksal Deutschösterreichs.

Wien, 14. Febr. Wie die politische Korrespondenz meldet, begab sich heute der italienische Gesandte de Gaboretta nach Rom, um mit dem Grafen Sforza über die bevorstehende Konferenz in Porto Raso sowie über das für die Hilfeleistung in Oesterreich zu bildende internationale Finanzsyndikat Besprechungen zu pflegen.

Wien, 14. Febr. Wie die Rathauskorrespondenz meldet, überreichte eine Abordnung des Zentralrates der geistigen Arbeiter Oesterreichs der Reparationskommission eine Denkschrift, in der im Namen von 130 Berufsverbänden geistiger Arbeiter die Bitte ausgesprochen wird, die Reparationskommission möge geeignete Schritte unternehmen, um das zurzeit in Oesterreich bestehende lohnbrückende Ueberangebot an geistigen Arbeitern durch Beschaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten für geistige Arbeiter im Zustande aufzuhalten und durch Kreditgewährung und Frachtarbeiterleistungen für konsumgenossenschaftliche Zwecke tatkräftig bei der Rettung dieser von der fortschreitenden Verelendung bedrohten Bevölkerungsgeschichten mitzuwirken.

Wien, 14. Febr. Nach einer parteiamtlichen Mitteilung fand gestern eine Sitzung der Reichsparteileitung der groß-deutschen Volkspartei statt, in der von allen Rednern betont wurde, daß die Partei mit allen Mitteln auf die rascheste Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland zu dringen habe.

Wien, 14. Febr. Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge traf der ungarische Minister des Außern Graf und der ehemalige ungarische Minister des Innern, Graf Szagy, Mittwoch abend in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Friedens von Trianon die mit der Uebergabe Westungarns an Oesterreich zu erledigenden Fragen zu erörtern.

Bemerkenswerte Stadtverordnetenwahlen in Oberschlesien.

Breslau, 14. Febr. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ aus Kreuzburg O.-S. meldet, erhielten bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen die Listen der vereinigten deutschen Parteien 5188 und die Liste der Nationalpolen 276 Stimmen.

Die Pariser Wiedergutmachungsbeschlüsse.

Von Max Cohen.

So erfreulich die Einseitigkeit in Deutschland gegenüber den in Paris aufgestellten Forderungen auch sein mag — sie ist vorläufig nur eine Uebereinstimmung im Negativen. Ob sie standhalten wird bei der Aufstellung der positiven Gegenanschläge, die der Außenminister in seiner Reichstagsrede erfreulicherweise sofort angekündigt hat, ist nicht ganz so sicher. Darauf aber läßt es an. Denn die Lage ist höchlich ernst, und man soll nur nicht glauben, daß die auf die Pariser Beschlüsse festgelegten Staatsmänner der Entente geneigt sein werden, sich leicht etwas abhandeln zu lassen, nachdem sie die in Deutschland Entfesseln erregende Riesensumme nun einmal zur Grundlage der Entschädigungszahlungen gemacht haben.

Es war gerade der Vorzug des von den meisten Deutschen nicht recht begriffenen Plan Seydoux, daß er vorläufig einmal fünf (zum größten Teil in Sachleistungen zu entrichtende) Jahreszahlungen vorsah, ohne daß die Gesamtzahl (die natürlich da war, aber, mehr symbolisch, im Hintergrund schwebte) überhaupt genannt wurde. Denn es kommt bei allen Versuchen, den Versailler Friedensvertrag zu revidieren, in erster Linie darauf an, Zeit zu gewinnen und dahin zu streben, daß eine große und immer wachsende Zahl von Franzosen zu der Einsicht gelangt, daß die von dem früheren Gegner erhofften Riesensummen, für die man das Schlagwort gefunden hatte: Der Deutsche wird alles zahlen, von diesem nicht ausgebracht werden können. Dazu braucht man um deswillen eine längere Zeit, weil diese Einsicht in höchstem Grade von der Besserung des allgemeinen politischen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern abhängt. Das kann aber durch nichts so sehr gefördert werden, wie durch eine auf Grund einer gegenseitigen Verständigung herbeigeführte, eine Reihe von Jahren laufende Entschädigungsleistung Deutschlands, wie der Plan Seydoux sie vorsah. Heute wird man in Deutschland wohl allmählich einsehen, daß es ein Fehler gewesen ist, keine positiven Vorschläge für ihn gemacht zu haben. Man hätte sie nämlich auch trotz des Hineinwerfens der sogenannten fünf Voraussetzungen in die Diskussion machen können. Irgendwelche, hauptsächlich in Sachleistungen zu zahlende Entschädigungssumme konnte von Deutschland unter allen Umständen genannt und hinzugefügt werden, daß sie sich, bei Erfüllung der einen oder anderen oder gar aller fünf Voraussetzungen, um so und so viel Millionen Goldmark werde vermehren lassen. Es kann natürlich nicht mit mathematischer Gewißheit behauptet werden, daß eine solche Haltung Deutschlands unter allen Umständen von Erfolg gewesen wäre. Alle Wahrscheinlichkeit aber sprach dafür, nachdem sowohl der französische wie der englische Botschafter offiziell erklärt hatten, daß ihre Regierungen auf dem Boden des Planes von Seydoux stünden und der Pariser „Temps“ in einem Artikel eine auf diese Weise aufzubringende Summe von 1½ Milliarden Goldmark genannt hatte.

Es scheint so, als ob diese Lösung erledigt wäre, und es dürfte nicht leicht sein, sie wieder in den Vordergrund zu stellen. Um so sorgfältiger wird nunmehr geprüft werden müssen, was jetzt zu tun ist. Der Nachweis, daß die Pariser Vorschläge mit ihrer Festlegung auf 42 Jahresraten, von denen die letzten 31 eine Zahlung von 6 Milliarden Goldmark und, 42 Jahre lang, eine Abgabe von 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr vorsahen, eine absolute Unmöglichkeit sind — das wird an sich kaum allzu schwer sein. Bis zum Zusammentritt der Londoner Konferenz werden das vermutlich auch die einsehen, die diese Forderungen weitergeschrieben haben. Als erste Notwendigkeit wird man freilich bei uns verlangen müssen, daß alle, die zu diesen Dingen reden oder schreiben, sich auf den sachlichen Nachweis dieser Unmöglichkeit beschränken und darauf verzichten, die Entente-Minister als Narrenhäuser oder sonst irgendwie zu beschimpfen.

Man wird auch drüben gewiß begreifen, daß die jährliche Aufbringung derart hoher Summen, zugänglich einer von manchen auf eine, von anderen auf 2 Milliarden Goldmark geschätzten Ausfuhrabgabe, an Voraussetzungen gebunden sind, die einen wirtschaftlich-industriellen Rückschlag gerade in den Ländern herbeiführen müßten, die durch den Empfang der Milliardensummen ihre Wiederherstellung erwarten. Das läßt sich am besten nachweisen, wenn man die Frage untersucht, welche Zahlungsmöglichkeiten Deutschland überhaupt hat. Zuerst kam es (daran ist weiter unten noch die Rede) eigene Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stellen. Sodann können wir Waren (besonders Rohstoffe und Halbfabrikate) senden, die wir selber im Lande haben. Drittens kommt die Lieferung von Waren in Betracht, die ganz oder teilweise aus ausländischen Rohstoffen hergestellt sind, und viertens Zahlungen in bar.

Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß keine Zahlungsart möglich ist, wenn nicht nur jeder einzelne Deutsche, sondern auch der Staat selber sich der äußersten Sparfahigkeit befleißigt und die Lebenshaltung aller soweit herabgesetzt ist, wie sich das mit der Aufrechterhaltung der Volksgesundheit nur eben vereinbaren läßt. Welche Schäden unseres Volkes sind bereits unter diese Linie gesunken, während andere (es sind verhältnismäßig geringe, aber laut von sich redemachende, in die Augen fallende und sich aufdringlich gebärende Kreise) noch sehr hart über ihr stehen. Wenn man diese äußerste Einschränkungswilligkeit, die absolut unentbehrlich ist, als gegeben annimmt, so sind die unter 3 und 4 genannten Zahlungsarten nur dann ausführbar, wenn wir große Warenmengen, an denen wir verdienen, exportieren können. Von diesem so gewonnenen Verdienst müssen wir erstens die eingeführten, verarbeitet wieder hinausgehenden Rohstoffe bezahlen, so wie den Teil der Einfuhr, den wir zum Sattwerden, zur Bekleidung usw. nicht entbehren können. Die Wiedergutmachungszahlungen können also nur von dem Teil des Gewinns gestiftet werden, der den Ueberfluß ausmacht, nachdem wir die Selbstkosten bezahlt und das genommen haben, was wir zur eigenen Erhaltung unbedingt brauchen. Nun vergewissere man sich einmal, welche Mengen von Waren wir zu führen müßten, damit diese letzten genannten Forderungen, 6 Milliarden Goldmark jährlich (für die letzten 31 Jahre, man kann aber auch die 5, 4 oder 3 Milliarden der ersten Jahre einlegen), herauskäme. Wenn man dazu die Belastung von 12 Prozent des Ausfuhrwertes hinzurechnet, so müßten wir Waren in einer Höhe exportieren, die manche Entente-Länder selber auf eigenen Export von Waren nahezu verzichten und uns die halbe Welt als unbetretenes Aufnahmepfeld für unsere Waren freigeben müßten. Man sieht also doch die Voraussetzungen der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft, die jedes Land zwingen, gegen das andere mit gleichen oder ähnlichen Waren auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, Mißharbenabgaben eines Landes an das andere unmöglich machen. Die Notwendigkeiten der Wirtschaft und Austauschweise der Gegenwart schließen die Realisierung von Ansprüchen, wie sie in Paris erhoben worden sind, einfach aus. Oder wollen England und Frankreich etwa bei sich mehrere Feiertage pro Woche einlegen, um die Deutschen arbeiten und zahlen lassen zu können? Das geht auch wieder nicht, weil dabei ein wirtschaftlich-industrieller Vorsprung Deutschlands herauskäme, den sie nicht wünschen können.

Sehen wir noch weiter und legen einmal den Fall, daß Deutschlands industrielle Leistung so gewaltig würde, daß all die vorgelegenen Zahlungen erfüllt werden könnten. Dann würde (immer unter der Voraussetzung, daß die anderen Länder mit der Ausdehnung deutschen Exports auf ihre eigenen Kosten einverstanden wären, die Bruttoabgabe von 12 Prozent vermindert ja auch noch unsere Wettbewerbsfähigkeit) nach Ablauf der 42 Jahre Deutschland in einem industriell-wirtschaftlichen Übergewicht über alle anderen Länder da stehen, das nicht mehr einzuholen wäre. Wir sehen also, Widerspruch über Widerspruch, die Pariser Forderungen und die zu ihrer Erfüllung notwendigen Voraussetzungen haben sich gegenseitig auf, und niemals kann der Gewinnüberschuß bei der Wareneinfuhr so groß sein, daß man von ihm begreifen könnte: erstens die eigenen (wenn auch sehr herabgedrückten) Volksbedürfnisse, zweitens 12 Prozent des Bruttoumsatzes und drittens den größten Teil der festen Unmittelkeiten. Es ist schlichtweg unmöglich (und das wäre die Bedingung dafür, daß beim Export die Ausfuhrmenge so riesengroß wäre, und zugleich 50 bis 70 Prozent Reingewinn übrig bliebe, Unmöglichkeit über Unmöglichkeit.

Wenn man daher der Hoffnung sein kann, daß die Widersprüche, deren wichtigsten oben dargelegt sind, den Entente-Ministern nicht verborgen bleiben können, so muß die absolute Notwendigkeit der deutschen Zahlungen, soweit sie irgend in unserer Kraft stehen, auf das Ernsteste betont werden. Der deutsche Botschafter in Paris hat vor einiger Zeit erklärt, daß wir die zur Grenze des Möglichen zu geben bereit seien. Wenn daran festgehalten wird, so ist der Weg zur Verständigung wohl auch jetzt noch nicht verbaut. Aber Deutschland muß sich spüren und seinerseits mit positiven Vorschlägen kommen. Dazu muß noch das Folgende gesagt werden. Für Frankreich am nützlichsten für Deutschland am ökonomischsten und im Interesse der Annäherung der beiden Länder am besten wäre es, wenn endlich der Wiederaufbau Frankreichs durch deutsche Arbeiter in die Hand genommen würde. Wir haben genug Arbeitskräfte, die wir, ohne daß sie Arbeit leisten, ernähren müssen. Sie gehen, unter Vornahme der notwendigen Umschichtungen dabei, in die zerstörten Gebiete. Man sagt uns, wir seien schon längst zu diesem Wert bereit gewesen, es sei die Schuld Frankreichs, wenn es unterblieben sei. Wenn dem wirklich so ist, so sage man der deutschen Öffentlichkeit einmal (es ist schon sehr oft danach gefragt worden), welche einzelne, positive, unmittelbar zu verwirklichende Vorschläge von Deutschland gemacht und von Frankreich abgelehnt worden sind. Wir müssen das nunmehr wissen, um feststellen zu können, ob die Regierer des deutschen Volkes ihre Pflicht (wie sie das sagen) wirklich getan oder durch unverzeihbare Pflichtversummung, die abendliche schwierige Lage des Landes bis zum äußersten gesteigert haben.

Ein positives von uns vorgelegenes Aufbauprogramm für die zerstörten Provinzen muß der wichtigste Teil der in London zu machenden deutschen Vorschläge sein. Diese Lösung vermag wie keine andere für alle Beteiligten Erspriechliches zu wirken, und deshalb müssen wir alles draufsetzen, sie wirklich werden zu lassen.

Die Liquidation der Krise in den Vereinigten Staaten und ihre Lehren.

Von Prof. Leberer - Heidelberg.

Die heutige Weltmarktlage kommt am deutlichsten in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck; die nackten Ziffern von Produktion und Verbrauch zeigen uns besser als die ertrotzten Berichte der englischen und amerikanischen Presse, welchen Umfang die Krise angenommen hat.

Das sei an einigen Tatsachen illustriert, die ich der letzten Nummer (Dezember 1920) des „Federal Reserve Bulletin“ entnehme. Diese sehr wertvollen Mitteilungen werden regelmäßig von dem „Federal Reserve Board“ publiziert, das bis zu einem gewissen Grade als die zentrale Beobachtungsstelle der amerikanischen Volkswirtschaft betrachtet werden kann.

Es ist bekannt, daß die Statistik der Vereinigten Staaten in vorbildlicher Weise die gesammelten, für Produktion und Verbrauch wesentlichen Daten bringt. In Deutschland z. B. wissen wir zur Not (d. h. die amtlichen Stellen; die Öffentlichkeit erfährt hiervon wenig oder nichts) über Ein- und Ausfuhr, Erzeugung in Landwirtschaft, Bergbau und Eisenindustrielle Industrie. Die ganze Industrieerzeugung wird fortlaufend statistisch nicht erfasst, so daß wir nur aus der Bewegung des Beschäftigungsgrades und anderen Symptomen, wie der allgemeinen Preisbewegung, auf Konjunkturverlauf und -tendenzen schließen können. In Amerika geht die Beobachtung viel weiter. Sie zeigte für Oktober 1920 folgendes Bild (in größten Zügen dargestellt):

Zunächst einige Ziffern über den Umfang der Produktion; wenn wir diese im Durchschnitt der Jahre 1911—1918 = 100 setzen, so ergibt sich (für Agrarprodukte: Marktstatistik):

	Oktober 1920	Frühjahr 1920 (Schätzungen)	Dezember 1920
Mehl (Total)	151	139	116
Getreide und Mehl	127	102	122
Baumwolle	124	132	88
Zucker	127	184	59
Rohle	152	131	137
Ölen	102	139	146

Dieselbe Bewegung zeigen viele andere Waren, sowie die Daten der Transportunternehmungen. Weiteres, trotz geringerer Produktion sind die Warenlager nur unbedeutend gesunken. Sie betragen z. B. Februar 1920: 534 Prozent, Oktober 1920: 504 Prozent des letzten Monatsumfanges, während sich umgekehrt die noch nicht ausgeführten Aufträge von 82 Prozent des Umlages im Februar 1920 und circa 10 Prozent im Oktober 1920 gelent hatten. Von Einzelheiten abgesehen kann man sagen, daß die Menge der Produktion (bei diesen Daten werden immer Mengen, nie Preismengen verglichen) von Herbst 1919 auf Frühjahr 1920 fast durchweg erheblich zurückging. Das hat nun nicht in natürlichen Ursachen, etwa geringerer Ernte, Nachlassen der Arbeitslust ufm., seinen Grund. Wir können den Ursachen aller dieser Erscheinungen etwas näher kommen, wenn wir in der gleichen Zeit die Preisbewegung studieren. Da können wir feststellen, daß sich die Großhandelspreise aller Handelsartikel in den Vereinigten Staaten, diese in einen Generalindex zusammengefaßt, folgendermaßen gestalteten:

Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Italien
1913 = 100	100	100	100
Jan. 1920 = 228	288	487	304
April 1920 = 261	313	584	679
Oct. 1920 = 205	282	508	665

Es sind also die Preise sowohl als auch die auf dem Markt befindlichen Warenmengen, die Gesamtgütererzeugung zurückgegangen. Das ist merkwürdig, da bei so eingeschränkter Produktion die Preise mindestens ihre alte Höhe hätten behalten sollen. Zwar haben sich in dieser Zeit einige Momente sehr stark bemerkbar gemacht, insbesondere die rasch sinkende Kaufkraft der Abnehmer-Länder. Die Exporte sind vom Frühjahr bis zum Herbst 1920 um 25—40 Prozent gesunken. Aber all das vermochte noch nicht völlig, die sinkende Produktion zu erklären, zumal ja in sehr schlechten Konjunktursituationen jeder starke Produzent trachtet, durch Ausdehnung der Produktion billiger zu erzeugen und so den Schwächeren ganz zu verdrängen.

Solche Krisen waren auch in Amerika gekennzeichnet durch große Arbeitslosigkeit, Bankrotte und weit größere Preissprünge, als wir sie jetzt verzeichnen können. In dem Bilder der Konjunktur verrät sich also eine ordnende Hand, welche tatsächlich an der Gestaltung der Dinge nicht unbeteiligt war.

Als im Frühjahr 1919 bei steigenden amerikanischen Preisen gleichzeitig die europäischen Wechselkurse und damit die Kaufkraft der europäischen Länder sanken, wurde von den Großorganisationen des amerikanischen Kapitals, den Banken die Parole zur Einschränkung und Kündigung der Kredite ausgegeben. Diese ist dann wohl auch in großem Umfange erfolgt. Die Einschränkung und Kündigung der Kredite verlegte Produktions- und Handelsunternehmen in eine schwere Zwangslage, sie mußten trachten, ihre Warenbestände rasch zu verkaufen, um ihre Schulden begleichen zu können. Sie konnten daher mit ihren Vorräten nicht zurückhalten und mußten sie zum Teil mit Verlusten loschlagen. Zwar hatten sie große Gewinne in der Kriegskonjunktur erzielt, aber empfanden jetzt trotzdem die Verluste als Bedrohung ihrer Existenz. Denn sie mußten — und das war die zweite Wirkung, welche sich so sinnfällig in den oben erwähnten Ziffern zeigt — ihre Erzeugung einschränken, also Arbeiter entlassen, Bestellungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten rückgängig machen usw. So verpfandte sich die Krise über die ganze Volkswirtschaft. Während also die Welt noch den größten, brennendsten Bedarf nach den amerikanischen Waren hatte, wurde deren Erzeugung gedrosselt, um Vorgeseres, nämlich hoffnungslose Anhäufung unvertäuflicher Waren zu verhüten. Vom kapitalistischen Gesichtspunkt betrachtet, ist die Einschränkung der Kredite auch durchaus richtig gewesen: denn sie beugte katastrophaler Ueberproduktion vor. Im Grunde befolgten die amerikanischen Banken die Grundzüge der deutschen Kartelle, welche auch beim Nachlassen der Konjunktur die Erzeugung einschränken, um die Preise hoch zu halten. Der Wechsel der Konjunktur kam uns bei beiden Teilen zugute, den Produzenten brachte die Hochkonjunktur gute Gewinne, den Konsumenten die Depression: große Warenlager und billige Preise. Jetzt ist die kapitalistische Produktion in den Vereinigten Staaten organisiert. Diese Organisation wirkte dahin, den Ausbruch der Krise (durch Entziehung der Kredite) zu beschleunigen und sie selbst zu verkürzen. Dabei war der einzelne Unternehmer den führenden Wirtschaftsmächten, den Banken ausgeliefert. Wenn also gesagt wird, eine Organisation der volkswirtschaftlichen Kräfte sei unmöglich, so ist das heute schon durch die Tatsachen widerlegt; die kapitalistische Welt hat sich nachgerade sehr gut orga-

nisiert und weiß die Organisation zur Stabilisierung der Preise zu benutzen, ohne Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten; sie ist sogar stolz darauf, daß sie gelernt hat, „das Geschwür aufzustechen, bevor das Gift den ganzen Organismus erfäßt“. Nun — die sozialistische Organisation der Produktionskräfte wird solche raffinierten Mittel nicht anwenden müssen; sie wird die Ueberproduktion nicht durch Stilllegung von Betrieben heilen müssen, da sie infolge einer zweckmäßigen Verteilung der produzierten Güter eine Ueberproduktion überhaupt nicht kennen wird.

Bayerns böser Geist.

Berlin, 13. Febr. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ ist die Note der bayerischen Regierung über die Einwohnerwehr in Bayern am Sonnabend der Reichsregierung übermittelt worden. Sie wird vertraulich behandelt, also nicht veröffentlicht werden.

Berlin, 13. Febr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, wird im Reichsministerium des Innern der Entwurf eines neuen Gesetzes betreffend die Einwohnerwehren ausgearbeitet.

(Die Richtigkeit dieser Meldung müssen wir einstweilen bezweifeln. Immerhin eröffnet die Geheimnisträuerei der Reichsregierung schwere Befürchtungen, und die Sozialdemokratie wird ihre besondere Wachsamkeit darauf zu richten haben, daß die bevorstehende Entscheidung über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nicht durch bayerische Hinterhältigkeit und durch Rückgratlosigkeit der Reichsregierung gefährdet wird. Die Entwaffnungsbestimmungen der Entente sind ganz eindeutig und müssen unter allen Umständen ehrlich durchgeführt werden. D. Red.)

Das heimtückische Doppelspiel der bayerischen Regierung in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren erhebt besonders deutlich aus dem nachstehenden Schreiben, das in die Hände unseres Nürnberger Parteiblattes, der „Fränkischen Tagespost“, geraten ist:

Vertreter des Staatskommissariats für Mittelfranken.

In die Kreisleitung Mittelfranken.

Betreff: Die Einwohnerwehr Zirnborf.

Nachstehend gestatte ich mir, Auszug aus einem an die Kreisleitung der Techn. Abg. F. gerichteten Schreiben zur gefälligen weiteren Veranlassung mitzutheilen:

In Zirnborf kommen als lebenswichtige Betriebe das Wasserwerk und die elektrischen Anlagen in Frage. Ein Schutz durch die dortige Einwohnerwehr ist nicht möglich, da die E. W. sich nur aus sozialistischen Elementen zusammensetzt und bürgerliche Mitglieder angeblich in ihr nicht geduldet werden. Die Stärke der E. W. beläuft sich auf 50 Mann, 300 Gewehre, 7—8 M.-G. Da die E. W. Zirnborf in dieser Waffenstärke und Zusammensetzung ihren Zweck im Bedarfsfalle unmöglich erfüllen wird und außerdem § 2 und 4 der Satzungen des Landesverbandes der E. W. Bayerns nicht entspricht, und die Bürgerlichen ansehend weder die nötige Energie noch das Interesse zeigen, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, wird hiermit beantragt, daß die dortige E. W. entwaffnet und aufgelöst wird.

gez. Garais.

In diesem Falle hält also die bayerische Regierung die Einwohnerwehren für durchaus entbehrlich. Aber um eine reaktionären Tendenzen dienstwillige Truppe zu behalten, müssen unbedenklich die Lebensinteressen des gesamten deutschen Volkes aufs schwerste gefährdet werden.

Berlin, 14. 2. Das gestern durch den bayerischen Gesandten dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. ds. Mts. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Vordünen Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen zu müssen glaubt, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung überlassen.

Memeler Postverhältnisse.

Die für Memel bestimmte englische Post wird neuerdings über Romno befördert. Inwieweit dabei die Interessen der polnischen Verhältnisse oder eine beabsichtigte Unterstüßung der großlitauischen Bestrebungen auf reiflose Angliederung des Memellandes an Litauen eine Rolle spielt, ist noch nicht klar. Die Briefe werden in Romno von der Zensur geöffnet und mit Berner in litauischer Sprache versehen. Dadurch braucht ein Brief von London nach Memel 13 Tage. Bezeichnend für die englische Beurteilung Memeler Verhältnisse ist die Tatsache, daß die Briefe meistens die Aufschrift „Memel (Germany)“ tragen.

Ein neuer polnischer Abstimmungschwinkel.

Von unterrichteter Seite wird den „P. P. N.“ mitgeteilt, daß ein neuer Abstimmungschwinkel der Polen festgestellt worden ist. Von einem polnischen Mitglied eines parlamentarischen Ausschusses sind die Namen und Adressen stimmberechtigter Oberbeschleßer im Reich, die Antrag auf Zulassung gestellt hatten, abgeschrieben worden. Die Adressen wurden der polnischen Propagandazentrale übergeben, die ihrerseits ein Schreiben an die Stimmberechtigten gerichtet hat, in dem die selben mitgeteilt wurde, daß die notwendigen Abstimmungspapiere nicht in Ordnung seien und daß daher die Reise zur Abstimmung zwecklos wäre.

Es ist Pflicht jedes abstimmungsberechtigten Oberbeschleßers, der ein derartiges Schreiben erhält, sich sofort mit der zuständigen Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberbeschleßer in Verbindung zu setzen.

Am Montag, den 14. Februar, abends 6 Uhr entschied nach kurzem, aber schwerem Leiden

Herr Ballettmeister
Wolf Wölffer

im 41. Lebensjahre.

Das Stadttheater verliert in dem Dahingeschiedenen einen Vorstand und Künstler von seltenem Pflichtgefühl und einem lebhaften, stets hilfsbereiten Kollegen. Ihre seeligen Angehörigen

Die Direktion des Stadttheaters
Rudolf Schaper.

Am Montag, den 14. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege.

Herr Ballettmeister
Wolf Wölffer.

In ihm verlieren wir einen Freund und Kollegen von seltenem gutem Herzen und Charakter.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Mitglieder des Stadttheaters.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der von der Stadtverordneten-Versammlung am 30. März 1920 festgesetzten Preiskata sind bis auf weiteres

die Preise für elektrische Arbeit

- wie folgt - festgesetzt worden:

1. Für Beleuchtungswecke, für das Laden transportabler Akkumulatoren, für den Betrieb von Motoren zur Lichterzeugung und für den Betrieb aller Motoren, die weniger als 1/2 Pferdestärken haben,

- a) bei Anwendung einfacher Zähler 3,50 M. A. w. f. (bisher 4,58 M. A. w. f.)
- b) bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,70 M. A. w. f. (bisher 4,78 M. A. w. f.), außerhalb derselben 3,10 M. A. w. f. (früher 4,18 M. A. w. f.)

2. Für den Betrieb von Motoren, die 1/2 oder mehr Pferdestärken haben und nicht zur Lichterzeugung dienen, ferner für den Betrieb von Lichtbädern, sowie von Heiz- und Kochvorrichtungen

- a) bei Anwendung einfacher Zähler 3,00 M. A. w. f. (bisher 4,08 M. A. w. f.)
- b) bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,15 M. A. w. f. (bisher 4,23 M. A. w. f.), außerhalb derselben 2,85 M. A. w. f. (bisher 3,93 M. A. w. f.)

3. Für alle sonstigen Zwecke bei Anwendung von einfachen Zählern 3,60 M. A. w. f. (bisher 4,68 M. A. w. f.), bei Anwendung von Doppeltarifzählern während der Sperrzeit 3,60 M. A. w. f. (bisher 4,68 M. A. w. f.), außerhalb derselben 3,00 M. A. w. f. (bisher 4,08 M. A. w. f.) Die Berechnung nach obigen Preisen erfolgt für die Verbrauchsperiode, die nach den Zählerablesungen nach dem Stichtag (18. Februar d. Js.) beginnt. Die Gas-, Kohle- und Wasserpreise bleiben unverändert. Danzig, den 14. Februar 1921. (3618) Der Magistrat.

Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar und März 1921) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben, gleichzeitig erfolgt auch die Beitreibung der für das I. III. Vierteljahr noch rückständigen Steuerbeträge.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Eingahlung unter genauer Bezeichnung des Zahlens und des Steuerjahres so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mitzuzahlen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 18. November 1909.

Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht. Kassenstunden werktäglich 8^{1/2}—1 Uhr vormittags.

Danzig, den 8. Februar 1921. (3609) Städtische Steuerkasse.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen, aber noch nicht eingeschulten Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis einschließlich 30. Juni 1921 ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder am 17., 18. oder 19. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8 bis 10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirkes anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmahregeln zur Folge.

Danzig, den 8. Februar 1921. (3585) Die Schuldeputation.

Die Malerarbeiten

in der Schulbaracke in Bröhen sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Sonnabend, den 19. Februar 1921, vorm. 10 Uhr der Städt. Hochbauverwaltung, Reugarten 28, einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Städt. Hochbauverwaltung, Rathaus Langgasse, Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Danzig, den 14. Februar 1921. (3617) Der Magistrat.

Gedania-Theater

Schüsselndamm 53/55

Ab heute! Nur bis einschl. Donnerstag!

Die neue Errungenschaft der Literatur! Die Verfilmung des allbekannten Romans v. Robert Heymann

„Lederstrumpf“ I. Teil: Wildtöter

u. Chingachook

Ein sensationeller Wild-West-Film in 4 großen aufregenden und spannenden Akten. (3615)

Danzig, den 14. Februar 1921. (3615) Napoléon und die kleine Wäldlerin, I. Teil

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. Dienstag, den 16. Februar 1921, abends 7 Uhr Dauerkarten D 1. Zum 1. Male:

Penthesilea

Ein Trauerspiel in 6 Bildern von Heinrich von Kleist. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz. Inspektion: Emil Werner.

Penthesilea, Königin	der Ama-	Dora Ottenburg
Prothoe	zonen	Martha Kaufmann
Meroe		Martha Krenzl
Hesperia		Franz Brückel
Die Oberpriesterin der Diana		Frieda Reginald
Schilles		Edgar Bähring
Odysseus	Adlige des	Eduard Siebricht
Diomedes	Orienteuropäer	Karl Altmeyer
Achilleus		Karl Brückel
Nestor		Ferdinand Neuert
Agamemnon		Rudolf Schwaner
Antenor		Karl Nord
Menelaos		William Wertheim
Diomedes		Fritz Blumhoff
1. Priesterin		Erich Drengloff
2. Priesterin		Willy Wichmann
3. Priesterin		Job. Proft-Gallische
4. Priesterin		Frieda Werner
1. Blumenmädchen		Wola Dorsch
2. Blumenmädchen		Marga Lichtenstein
3. Blumenmädchen		Erika Feis
4. Blumenmädchen		Ellen Bousche
		Ellen Cyde

Ende 9^{1/2} Uhr.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Renagerie.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. Waldmeister.

Freitag, abends 6^{1/2} Uhr. Dauerkarten E 1. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Elise v. Catopel-Batteng von der Staatsoper in Berlin: La Traviata.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.

Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Montag, den 15. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

„Das Glücksmädel“

Operette in 3 Akten.

Musik von Otto Schwarz.

Morgen Mittwoch, den 16. Februar

„Der Bettelstudent“

Vorverkauf findet tags v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.

Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“



Gerade

wird die Schube so kurz und in der Höhe des Baus gut genug, deshalb

sparc durch

Erdal

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Am Freitag, den 18. Februar 1921, abds. 6^{1/2} Uhr, in der Maurerherberge, Schüsselndamm

Mitglieder-Versammlung.

1. Kassenbericht.
2. Vortrag des Gen. Dr. Polze: Die Wiedergutmachungsfrage und die Arbeiterkass.
3. Erziehung zum Vorstand.
4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Der Vorstand.

Der Neue Weltkalender

für 1921

Preis 2,25 Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

PAROLE

K.K.

Brett'l

Sensations-Programm

K.K.

4-Uhr-Tee

Tanzvorführungen Jacqui und sonstige Einlagen

K.K.

Kaffee

Geigerkönig Mai mit erstklassigen Kabarett-Einlagen

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft. Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureau der Arbeiterorganisationen und von der Wohnungsges. 16 Danzig. Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Sieden, Vorträge, Aufführungen

werden nach Inhalt und Form durchgearbeitet und einstudiert. (3616) Else Hoffmann, Canafuhr, Ferberweg 1.

1 Oberbett mit Affen zu verkaufen. Röder bei Srungalla, Seil Weißgasse 91, 3 Tr. (7)

Geschäfts- und Familien-Drucksachen, Werke, Jahresberichte usw. Wirkungsvolle Plakate jeder Art, Massenauslagen in kürzester Frist

liefert in sauberster Ausführung bei mäßiger Preisberechnung

Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6